

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 944), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 3, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLINSON, POSTMASTER-GENERAL

An American Newspaper which stands for American ideals and principles—published in the German language for American citizens.

35. Jahrgang.

Omaha, Nebr., Montag, den 1. März 1920

8 Seiten—No. 307

Bahnen sind jetzt wieder Privatbesitz

Die Zurückgabe der Bahnen läßt der Regierung ein Defizit von \$715,500,000; Riesensummen für Verbesserungen ausgegeben

Eisenbahnvorlage vom Präsidenten unterzeichnet

Washington, 1. März. — Heute morgen 11 Uhr nach 12 Uhr gingen die 240,000 Meilen Eisenbahnen mit aller Ausrüstung, die einen Wert von etwa \$29,000,000,000 repräsentieren, aus der seit dem 28. Dezember ausgeübten Kontrolle der Regierung in die Hände der Privatgesellschaft zurück. Die Zurückgabe der Bahnen läßt der Regierung ein Defizit von \$715,500,000. Obgleich diese Summe ungeheuerlich erscheint, hat doch die Regierungskontrolle, die Generaldirektor Gines sagt, „unter den Verhältnissen dem Publikum bedeutend weniger an Kosten und Steuern gekostet, als unter Privatleitung der Fall gewesen wäre.“ Die Eisenbahnen vermalung hat nach der Zurückgabe der Bahnen noch verschiedene Aufgaben zu erledigen, deren wichtigste die Abwicklung verschiedener kontraktlicher Verhältnisse zwischen der Regierung und den Bahngesellschaften ist. Kontraktlich zur Regierung verpflichtet, sind die Bahngesellschaften eine jährliche Pacht von \$917,000,000 zu zahlen. Andere Kontrakte bezogen sich auf die Ankauf großer Posten von Ausrüstungs- und Betriebsmaterialien.

Bahnen im besten Zustande.

Als Antwort auf die oft gehörte Beschuldigung, daß die Regierung die Bahnen in einem verfallenen Zustand abgeliefert, erklärt Gines, daß sich dieselben in einer Verfassung befinden, die „einen günstigen Vergleich“ mit der Beschaffenheit der Bahnen zur Zeit ihrer Übernahme ausfallen kann. Er erklärt sie für besser geeignet, den an sie gestellten Ansprüchen zu genügen, als sie nach

Armenische Frage vor dem Völkerrat

London, 1. März. — Die militärischen Sachverständigen wurden vor dem Rat der Liga gerufen, ehe am Samstag die armenische Einschlachtungen weiter beraten wurden. Ueber den Inhalt der Vernehmung ist nichts bekannt, doch wird anlässlich bekannt gegeben, daß der Oberste Rat sich sofort mit der Lage beschäftigen wird. Mit Bezug darauf wird auf die kürzliche Warnung Großbritanniens an den Sultan verwiesen, daß die türkische Regierung entweder „ihre unzulässigen Verfahren“ einstellen oder sich auf härtere Friedensbedingungen gefasst machen müsse, als man ihr zugesagt hätte. Daher wird der Ansehensverlust der militärischen Berater keine große Bedeutung beilegt. Während ein militärischer Druck großen Stills gegen die Türkei sich kaum durchzuführen läßt, hofft man durch die politischen Waffen in der Hand des Vates das Land zur Nachgiebigkeit zu bringen.

Alle U. S. Truppen aus Sibirien heraus

Washington, 1. März. — Nach einer Meldung des Kommandierenden in Sibirien, Generalmajor Graves, sind die letzten Truppenteile der amerikanischen Armee in Sibirien in Bladivostok eingetroffen und zur Einschiffung bereit. Die letzte Abteilung des 27. Infanterieregiments erreichte den Hafenplatz am Mittwoch, um nach den Philippinen übergeführt zu werden. Das 27. Inf. Regt. ist seit dem Sommer 1918 in Sibirien zum Schutz der sibirischen Bahn stationiert gewesen.

Weitere Angriffe auf Prohibitions-Gesetz

Washington, 1. März. — Ein weiterer Fall, welcher die Verfassungsmäßigkeit des Prohibitionsamendments und des Ausführungsgesetzes in Frage stellt, ist dem Obersten Gericht eingereicht worden. Die Bewerber sind Lagergesellschaften in Kentucky haben Verlegung gegen das Urteil des Bundesgerichts eingeleitet, welches einen Einheitsbefehl gegen die Durchführung der Prohibition im Staat verhängte.

Gemeinsame Anleihe an China.

Washington, 1. März. — Französische Bankiers haben sich den amerikanischen und japanischen Geldleuten zur Gewährung einer Notanleihe an China zur Fortführung der Verwaltung im neuen chinesischen Jahre angeschlossen. Von der Summe von \$7,000,000 übernehmen die Franzosen ein Viertel, die Amerikaner und Japaner je drei Viertel.

Amendement zum Volstead Gesetz

Abge. Britten will die Herstellung und Verkauf von Bier und Wein den Staaten überlassen.

Washington, 1. März. — Abgeordneter Britten von Chicago wird ein Amendement zum Volstead Prohibitions-Gesetz einreichen, laut welchem die Herstellung und der Verkauf von 5 Prozentigem Bier und 14 Prozentigem Wein gestattet werden soll, sobald sich die einzelnen Staaten durch Abstimmung dafür erklären.

Kampf um Stimmrecht benennigt Japan

Tokio, 27. Feb. (Bericht.) In Japan hat der Kampf um das allgemeine Stimmrecht am Donnerstag zur Auflösung des Parlaments durch den Kaiser geführt. Die Auflösung erfolgte nach beständigem Aufrufen im Parlament auf das Ansehen des Premiers Kato. Die Opposition gegen die Regierung wegen ihrer Gegnerschaft gegen das allgemeine Stimmrecht mit Festigkeit an, ein ungeheurer Tumult entstand; die Polizei kämpfte mit Abgeordneten in den Wandelgängen und das Militär mußte herangegrufen werden, um Volkskrawalle am Eingängen in das Parlamentsgebäude zu finden. (Die ersten Anzeichen über ein ernstliches Zerwürfnis zwischen Parlament und Regierung erfolgte eine Depeche aus Tokio vom 14. Februar, die erst am 24. Feb. in den Ber. Staaten eintraf.)

Arbeiter erhalten Gewinn-Anteil

Danpton, O., 1. März. — Die National Cash Register Co., die in ihrer hiesigen Fabrik etwa 7000 Mann beschäftigt, hat zugunsten der hiesigen Arbeiter und Angestellten einen Gewinnverteilungsplan entworfen. Am Jahresabschluss werden ausweisliche Dividenden an den Gewinngewinn der Fabrik ermittelt, eine Vergütung des Anlagekapitals von 6 Prozent wird für die Aktionäre und der Ueberschuss wird zu gleichen Teilen unter die Aktionäre und die Arbeiterchaft verteilt. Die Geschäftsführer der einzelnen Abteilungen und ihre Arbeiter erhalten je die Hälfte des Arbeiteranteils. Nur solche Arbeiter werden berücksichtigt, die länger als 6 Monate in der Fabrik arbeiten.

Stimme von der übrigen Welt abgeschnitten

Fiume, 1. März. — Die Stadt wird nun regelrecht belagert; alle Zufuhren, besonders solche von Lebensmitteln, werden aufgehalten. Man glaubt, daß sich die Stadt bald auf Gnade und Ungnade ergeben wird.

Zeitungen steigen im Preise.

Cleveland, O., 1. März. — Von jetzt ab kostet das Sonntagsblatt des „Plain Dealer“ und der „Lander-Krens“ 10 Cents. Der Preisaufschlag ist auf die Verteuerung des Materials zurückzuführen.

Ueber den „Anzug mit Getränken.“

Washington, 1. März. — Die Befürworter eines guten Tropfens können nun ihre Vorräte von einem Kaufe zum anderen befördern, wenn es sich um eine tatsächliche Veränderung des Wohlstandes handelt, und dann nur gegen einen Bundesbehördlichen Erlaubnisbeschein. So hat das Binnenministerium entschieden, damit Leute, die ein Jagdhorn in Maine, eine Wintervilla in Florida und ein Wohnhaus in New York besitzen, nicht Spirituosen zu Getränkeverweilen von einem Platz zum andern schaffen können.

Einwohnerzahl Porto Ricos.

Washington, 1. März. — Nach dem Volkszählungsbericht hat Porto Rico eine Einwohnerzahl von 1,295,826. Dies ist eine Zunahme von 177,814 oder 15.9 Prozent seit 1910.

Kein Geld für Whiskeytricker.

Washington, 1. März. — Das Haus hat am Samstag einstimmig eine Bewilligung von \$1,000,000 abgelehnt, die verwendet werden sollte, um bis zum 1. Juli den Whiskeyhandel über die kanadische Grenze zu hindern. Eine Bewilligung über die Bewilligung war vom Senat in die allgemeine Haushaltsvorlage aufgenommen worden.

Demokr. Delegaten zur Nat. Konvention

Anhänger von Bryan und von Hitchcock stellen zwei vollständige Delegationslisten auf.

Lincoln, Neb., 1. März. — Die Anhänger William Jennings Bryans in Nebraska haben eine vollständige Liste der Delegaten für die demokratische Nationalkonvention in San Francisco aufgestellt und heute veröffentlicht. Als Delegat „at-large“ steht der „Unvergleichliche“ selber an der Spitze der Liste; mit ihm werden der frühere Abgeordnete L. B. Stephens von Fremont, Richter F. J. Thomas von Edward und G. W. Berg von Lincoln genannt. Unter den 16 Kandidaten als Distriktsdelegaten sind zwei Frauen. Eine Oppositionsliste ist nach glaubwürdigen Berichten von den Freunden des Senators Hitchcock, die seine Nominierung für die Präsidentenwahl wünschen, aufgestellt worden. Für Delegaten „at-large“ werden von dieser Fraktion die früheren Gouverneure Schaffenberg und Reville, ferner Sophus Neble von Omaha und V. McHenry von Red Cloud vorgeschlagen.

U. S. Offizier kommt in Litauen um's Leben

Warschau, 1. März. — Ein Amerikaner, namens Harris, der vor wenigen Monaten als Instrukteur in die litauische Armee eintrat, ist bei den gegenwärtigen Unruhen in der litauischen Hauptstadt Kovno ums Leben gekommen. Revolutionäre Unruhen in Kovno dauern an, und die Stadt ist unter Kriegsrecht gestellt worden. Zivilisten dürfen sich nicht nach 8 Uhr auf den Straßen blicken lassen.

Warrsburg, Pa., 1. März.

Samuel Harris von hier hat die Nachricht vom Tode ihres Sohnes, des Leutnants S. J. Harris, Jr., erhalten. Harris trat als Student am Dickinson College, Carlisle, in die Armee ein. Er diente ein Jahr an der mexikanischen Grenze und ging mit dem 112. Regiment nach Europa.

Riesengewinn der Telephon Company

New York, 1. März. — Der Reingewinn der American Telephone and Telegraph Company im Jahre 1919 belief sich, dem Jahresbericht gemäß, auf \$60,000,000. An Dividenden sind \$35,000,000, an Zinsen für Bonds \$15,000,000 bezahlt worden. Die Summe von \$4,000,000 wurde dem Ueberschuss und \$5,000,000 wurden dem Reservefonds übermietet. Die Zahl der Aktienhaber beträgt 120,460. S. W. Fisher, Präsident der American Telephone and Telegraph Company, empfahl, das Aktienkapital von \$500,000,000 auf \$750,000,000 zu vermindern.

Saft alle Kandidaten in Michigan vertreten

Lansing, Mich., 1. März. — Fast alle, die als präsidentielle Möglichkeiten Bedeutung gewonnen haben, finden sich auf dem Wahlgeld für die Vorwahlen in Michigan vertreten. Petitionen mit genügenden Unterschriften, um die Aufstellung zu rechtfertigen, sind für W. C. McAdoo, Herbert Hoover, Sen. Voinover, Generalmajor Wood, Generalanwalt Palmer, Gouverneur Lowden, Sen. Johnson, General F. J. Bryan eingereicht worden.

Gleichenzeitige Brennstoff-Behörde bleibt bestehen

Washington, 1. März. — Gleichzeitige mit dem Eisenbahngesetz unterzeichnete Präsident Wilson eine Verordnung für den Fortbestand der Brennstoffverwaltung, deren Befugnisse dem Generaldirektor Gines und einer Bierkommission übertragen wird. Gines wird die Aufsicht über die Verteilung von Kohlen im Handel führen, während der Kommission, die sich aus A. B. Howe, A. Reals, J. M. Whittaker und J. F. Fisher zusammensetzt, die Schiffsverteilung und andere Methoden der Kohlenausfuhr untersteht. Sie wird durch die die Garfield Ernennung zum Brennstoffverwalter suspendierte Tidewater Kohlenwerke arbeiten.

Pastor an der Kirchengür verhaftet.

Chicago, 1. März. — Pastor Marshall von der presbyterianischen Kirche in Nord-Chicago, dessen Rücktritt von den Kerkelien verlangt wurde, wurde gestern dinstenungsdacht zu verhaften. Beim Eintritt in die Kirche wurde er verhaftet. Der Staball ist darauf zurückzuführen, daß der Pastor gegen den Widerspruch des Sonntagschulunterrichts die Durchführung eines Weibchachtsfestivals gestattet hatte, weil er dergleichen für harmlos hielt.

Dienstmädchen verlangen Gehälter.

Rom, 1. März. — Die Dienstmädchen von Ferrara haben in einer Forderung ihre Ansprüche formuliert. Unter anderem verlangen sie zwei Wochen Ferien, um an Kosten ihrer Verpflegung die Seebäder besuchen zu können. Ferner fordern sie zwei Zigaretten täglich.

Der Bahnstreik in Frankreich

Postkassen werden mittel Flugzeugen befördert; Paris hat genug Nahrungsmittel.

Paris, 1. März (United Press). Der Versuch der Syndikaten in Paris, den Streik der Bahnarbeiter zu einem allgemeinen zu machen, wird von der General Federation of Labor energisch bekämpft; Sympathiestreiks sind verboten worden, in denen wird den Streikern moralische Sympathie zuteil werden. Die Regierung glaubt, daß der Bahnstreik die Folge einer revolutionären Verschwörung ist. Dieser Ansicht gab auch Premier Millerand in der Deputiertenkammer Ausdruck. Die Streiklage ist heute unerblickt. Die Regierungsabende verfahren, ist der vorhandene Nahrungsmittelvorrat für geraume Zeit ausreißend. Die Verwaltungen aller Großstädte sind angewiesen worden, Automobile und andere Fahrzeuge in Dienst zu pressen, um Nahrungsmittel zu befördern. Um einer Brennmaterialnot vorzubeugen, ist der Verbrauch von Kohlen wesentlich beschränkt worden. Restaurants, Theater und Vergnügungsorte müssen früh schließen. Die Regierung hat einen Luftpostdienst zwischen Paris, Lyon und Marseille, sowie Bordeaux, Straßburg, Brüssel, London, Tours und Dijon während der Dauer des Streiks etabliert.

Marcel Aurin schreibt im Echo de Paris.

Premier Millerand beachtliche, eine Bürgergarde, die sich aus dem Handwerker und Kleinrentner zusammensetzt, zu organisieren, um den revolutionären Streik zu bekämpfen. Die Streiker haben von ihrer Forderung, daß die Bahnen nationalisiert werden, Abstand genommen; es heißt, daß mehrere Eisenbahngäste die Fahrten wieder aufgenommen haben, aber dieses tut werden. Eine Nahrungsmittelnot ist anscheinend nicht zu befürchten. Heute früh wurden Streiker im militärischen Alter zu den Röhren versetzt. Fünf Streiker, die sich widersetzen, wurden verhaftet. Premier Millerand, der der Lloyd George in London in die Lehre gegangen zu sein scheint, begann, den Streik der Bahnleute in der gleichen Weise zu bekämpfen, wie das in England geschah, indem er ein System von Militärtransportmitteln einführte. Alle verfügbaren Fuhrwerke werden in Dienst gestellt.

Der Streik scheint nichts anderes zu sein, als ein Wiederauflachen der Bemühungen der organisierten Arbeiter Frankreichs, Sowjetismus einzuführen.

In Straßburg berät der nationale Sozialistenkongress offen über Mittel und Wege, in Frankreich eine Sowjetrepublik zu gründen.

Lodge gibt nicht nach.

Präsident Wilson hat wiederum die Erklärung abgegeben, daß er die Vertragsresolution nicht unterzeichnet würde, sollte sie den Lodge Vorbehalt zu Artikel 10 enthalten, in dem die Ver. Staaten die Verträge der Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Unantastbarkeit des Gebietes europäischer Nationen übernehmen. Als Antwort hierauf sagte Lodge: „Es wird keine Veränderung meines Einwandes zu Artikel 10 vorgenommen werden.“ Die Republikaner sind nunmehr entschlossen, die Angelegenheit auch im Laufe dieser Woche zum Abschluß zu bringen; sobald eine genügende Anzahl Senatoren anwesend sind, wird der Einwand, zu Artikel 10 zur Abstimmung kommen. Anfanglich wollte man diesen Einwand zu leicht vornehmen; der von dem Präsidenten Wilson eingenommene Standpunkt jedoch hat bei den Republikanern eine Sinnesänderung eintreten lassen, und man beschloß, über diesen Einwand baldigst abzusprechen; die Zustimmung Lodge's aber steht noch aus. Er hat beklagt, durch geschickte Manöver, Demokraten der Wilson'schen Idee abwendig zu machen, und dieses ist ihm auch vielfach bei seinen anderen Einwänden gelungen; er ist der Ansicht, daß er genug Demokraten zu seiner Ansicht bekehren kann, damit dem Kriegszustand zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland ein Ende gemacht werden kann.

Sollte die Ratifikation in die Brüche gehen, dann mag Friede durch Annahme einer entsprechenden Resolution erklärt werden.

Präsident Wilson wird der Unbestimmtheit gestehen und ihm zugehalten, daß er in der abstrakten Frage genau die Stellung vertritt, wie in dem Einwand zu Artikel 10 borgelesen ist.

Sensationeller Mord gerichtlich bestraft

Macomb, Ill., 1. März. — Dr. G. Alverton und Frau Alice Clugston wurden schuldig befunden, im letzten Juli den Mann der letzteren, Lawrence Clugston zu erschlagen, Ill., durch Verfall vergiftet zu haben. Der Arzt wurde zu lebenslänglicher Haft, die Frau zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Verurteilten nahmen das Urteil mit Ruhe entgegen. Die Anwälte der Verurteilten beantragten sofort ein neues Verdict. Der Prozeß war einer der sensationellsten in der Geschichte des westlichen Illinois. Nach dem Tode Clugstons beantragte der Vater der Frau eine Untersuchung. Der 15-jährige Sohn derselben trat als Zeuge gegen sie auf. Das mörderische Paar hatte ein uneheliches Verhältnis unterhalten und der Arzt wollte die Lebensversicherung des Mannes zur Bezahlung von Land in Texas verwenden. Dadurch wurde der Mordplan gereift.

Wilson im Senat heftig angegriffen

Washington, 1. März. — Die Antwort des Präsidenten auf die letzte Note der Alliierten in der abstrakten Frage, in welcher Amerika erachtet wird, an einem Entwurf zu einer für Italien und Jugoslawien annehmbaren Lösung derselben mitzuarbeiten, dürfte in den nächsten Tagen abgehen. Ueber den Inhalt derselben beobachten die offiziellen Kreise vorichtiges Schweigen. Während der Präsident an der Antwort auf die letzte Note der Alliierten in der abstrakten Frage arbeitete, wurde sein Standpunkt im Senat im Anschluß an die Debatten einer scharfen Kritik unterzogen. Nicht nur die „unberühmten“ Gegner des Friedensvertrages, sondern auch die „milden Einwandler“ beteiligten sich an den Angriffen, die einen großen Teil der Samstag Sitzung ausfüllten. Der einzige Senator, der für Wilson eine Lange einlegte, war Senator Hitchcock von Nebraska. Die Kritik des Senats betonte, daß die abstrakte Frage ein Beispiel der Verwicklungen sei, in welche die Ver. Staaten durch den Vertrag zum Völkerbund hineingezogen würden, und beschuldigte den Präsidenten, sich in die Angelegenheiten anderer Völker einzumischen, ohne sich die Mühe zu machen, auszufinden, ob das Volk seines Landes ihn darin unterstütze oder nicht. Senator Thomas, Demokrat, Colorado, einer der Unberühmten, behauptete, der einzige Ausweg aus dem Wirrwarr sei ein Krieg, an dem die Ver. Staaten nicht teilnehmen müßten, oder sich weigern, den positiven Standpunkt des Präsidenten zu vertreten. Senator Kellogg, ein „milder Einwandler“, erklärte, die abstrakte Frage gehe uns nichts an und der Versuch des Präsidenten, eine Entscheidung zu „diffundieren“, sei ohne Berechtigung. Senator Borah, Idaho, und Brandegee, Conn., griffen ebenfalls den Standpunkt des Präsidenten an. Eine Folge der Verhandlungen ist der Zusammenbruch der Demokraten und „Unberühmten“ gegen die Einwände im Senat.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Schön heute abend und wahrscheinlich Dienstag. Steigende Temperatur.

„Der Worte sind genug gewechselt“

Einschend, daß durch Debatten nichts erreicht werden kann, dürfte über den Einwand zu Artikel 10 bald abgestimmt werden

Lodge ebenso hartnäckig wie Präsident Wilson

Washington, 1. März. — Nachdem die Verhandlungen über den Vertrag im Senat fast die ganze letzte Woche angehalten haben, stimmen alle Parteien in dem Kampf um den Friedensvertrag darin überein, daß eine Einigung über denselben in weitem Maße zu liegen scheint. Wenn nicht ein plötzlicher Umschwung im Senat eintritt, können von keiner Seite große Stimmen aufgetrieben werden, um weder die Vorbehalte zum Artikel 10 durchzusetzen, noch um die Vorbehalte zu modifizieren, noch um den Artikel ohne Vorbehalte zur Annahme zu bringen. Bei dieser Zersplitterung macht sich unter Freunden und Feinden des Vertrages die Ansicht geltend, daß es Zeit sei, die Debatten im Senat zu beenden und die Entscheidung über den Vertrag in die Wahlkampagne zu verlegen. Es wurde einstimmig beschlossen, heute über die Vorbehalte abzusprechen, die den Senat jetzt zwei Tage festgehalten haben und in einigen Kreisen wird eine Endabstimmung über den ganzen Vertrag für das Ende dieser Woche vorangesetzt. Mehr als ein Drittel opponiert. Wenigstens 20 Demokraten scheinen entschlossen, bis zum Neuesten mit dem Präsidenten im Widerstand gegen die Ratifikation zu verharren zu wollen, wenn nicht der Vorbehalt zum Artikel 10, der nach Wilson's Ansicht den Vertrag das Herz ausschneidet, radikal geändert wird. Hierzu kommen wenigstens 14 Republikaner und Demokraten, die sich in dem Lager der „Unberühmten“ hinter Abweisung des Vertrages in jeder Form verschanz haben. Da es nur 33 Stimmen zur Wiederbestimmung der Ratifikation bedarf, ist der Vertrag in einer üblichen Lage. Der Entschluß der Regierungsdemokraten, bis zum Neuesten für ihren Standpunkt zu kämpfen, trat während der Samstagabendhandlungen sehr deutlich hervor und es verlautete, daß ihnen bezüglich der Artikel 10 fernere Bemühungen von Seiten der Regierungspartei, Sen. Hitchcock, erklärte wenigstens, er habe keinen Grund anzunehmen, daß der Präsident seine Meinung geändert habe. Lodge gibt nicht nach. Präsident Wilson hat wiederum die Erklärung abgegeben, daß er die Vertragsresolution nicht unterzeichnet würde, sollte sie den Lodge Vorbehalt zu Artikel 10 enthalten, in dem die Ver. Staaten die Verträge der Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Unantastbarkeit des Gebietes europäischer Nationen übernehmen. Als Antwort hierauf sagte Lodge: „Es wird keine Veränderung meines Einwandes zu Artikel 10 vorgenommen werden.“ Die Republikaner sind nunmehr entschlossen, die Angelegenheit auch im Laufe dieser Woche zum Abschluß zu bringen; sobald eine genügende Anzahl Senatoren anwesend sind, wird der Einwand, zu Artikel 10 zur Abstimmung kommen. Anfanglich wollte man diesen Einwand zu leicht vornehmen; der von dem Präsidenten Wilson eingenommene Standpunkt jedoch hat bei den Republikanern eine Sinnesänderung eintreten lassen, und man beschloß, über diesen Einwand baldigst abzusprechen; die Zustimmung Lodge's aber steht noch aus. Er hat beklagt, durch geschickte Manöver, Demokraten der Wilson'schen Idee abwendig zu machen, und dieses ist ihm auch vielfach bei seinen anderen Einwänden gelungen; er ist der Ansicht, daß er genug Demokraten zu seiner Ansicht bekehren kann, damit dem Kriegszustand zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland ein Ende gemacht werden kann. Sollte die Ratifikation in die Brüche gehen, dann mag Friede durch Annahme einer entsprechenden Resolution erklärt werden. Präsident Wilson wird der Unbestimmtheit gestehen und ihm zugehalten, daß er in der abstrakten Frage genau die Stellung vertritt, wie in dem Einwand zu Artikel 10 borgelesen ist.

Wilson im Senat heftig angegriffen

Washington, 1. März. — Die Antwort des Präsidenten auf die letzte Note der Alliierten in der abstrakten Frage, in welcher Amerika erachtet wird, an einem Entwurf zu einer für Italien und Jugoslawien annehmbaren Lösung derselben mitzuarbeiten, dürfte in den nächsten Tagen abgehen. Ueber den Inhalt derselben beobachten die offiziellen Kreise vorichtiges Schweigen. Während der Präsident an der Antwort auf die letzte Note der Alliierten in der abstrakten Frage arbeitete, wurde sein Standpunkt im Senat im Anschluß an die Debatten einer scharfen Kritik unterzogen. Nicht nur die „unberühmten“ Gegner des Friedensvertrages, sondern auch die „milden Einwandler“ beteiligten sich an den Angriffen, die einen großen Teil der Samstag Sitzung ausfüllten. Der einzige Senator, der für Wilson eine Lange einlegte, war Senator Hitchcock von Nebraska. Die Kritik des Senats betonte, daß die abstrakte Frage ein Beispiel der Verwicklungen sei, in welche die Ver. Staaten durch den Vertrag zum Völkerbund hineingezogen würden, und beschuldigte den Präsidenten, sich in die Angelegenheiten anderer Völker einzumischen, ohne sich die Mühe zu machen, auszufinden, ob das Volk seines Landes ihn darin unterstütze oder nicht. Senator Thomas, Demokrat, Colorado, einer der Unberühmten, behauptete, der einzige Ausweg aus dem Wirrwarr sei ein Krieg, an dem die Ver. Staaten nicht teilnehmen müßten, oder sich weigern, den positiven Standpunkt des Präsidenten zu vertreten. Senator Kellogg, ein „milder Einwandler“, erklärte, die abstrakte Frage gehe uns nichts an und der Versuch des Präsidenten, eine Entscheidung zu „diffundieren“, sei ohne Berechtigung. Senator Borah, Idaho, und Brandegee, Conn., griffen ebenfalls den Standpunkt des Präsidenten an. Eine Folge der Verhandlungen ist der Zusammenbruch der Demokraten und „Unberühmten“ gegen die Einwände im Senat.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Schön heute abend und wahrscheinlich Dienstag. Steigende Temperatur.

Für Nebraska — Schön heute abend.

Wärmer im äußersten westlichen Teile. Dienstag unbestimmt. Wärmer im östlichen Teile.

Für Iowa — Schön heute abend

und wahrscheinlich Dienstag. Steigende Temperatur.